



iran-report

Nr. 03/2003

ایران رپورت

I. Innenpolitik:

Niederlage der Reformer bei landesweiten Kommunalwahlen / UN-Menschenrechtsdelegation besuchte Iran / Gefangene begnadigt / 76 Prozent der Jugendlichen schauen ohne Hoffnung in die Zukunft / 30 Prozent höhere Scheidungsrate in den Großstädten / Zum ersten Mal Demonstrationen zum Weltfrauentag / Valentinstag in Iran / UNO schätzt Anstieg der Bevölkerungszahl bis 2050 auf 105 Millionen / Größte Studentenorganisation „Tahkim Wahdat“ kündigt Zusammenarbeit mit der „Front 2. Chordad“ auf / Heftige Proteste gegen die Äußerungen des Freitagspredigers Yazdi / Langjährige Haftstrafen für Meinungsforscher / Maulkorb für Regierungssprecher / Wissenschaftsministerium erteilt Erlaubnis zum Bau eines Satelliten / Fatwa gegen Salman Rushdi erneuert

II. Wirtschaft

Iranisches Gas und Süßwasser nach Kuwait / Bilanz des Außenhandels / Lufttransport von Konkurs bedroht / Iran-Air erweitert ab Juli Flugplan nach Deutschland / Ausländische Zigaretten auf iranischem Markt / Daimler Chrysler will in Iran produzieren / Neugegründetes Amt für Auslandsinvestitionen / Parlament verabschiedet Gesetz zum Schutz inländischer Produkte / Auswirkungen des Irak-Konflikts auf die iranische Wirtschaft

III. Außenpolitik

Iran lehnt die Pläne der USA für die Zeit nach Saddam Hussein ab / Verstärkung der Militärkraft an der Grenze zum Irak / Bewaffnete Schiiten ziehen nach Nordirak / Ex-Staatspräsident Rafsandjani kritisiert Golfstaaten / Staatsanwaltschaft Bremen erhebt Anklage wegen illegaler Iran-Exporte / Streit zwischen Iran und USA vor dem Internationalen Schiedsgericht / Plant Iran den Bau von Nuklearwaffen?

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 04/2003 Mitte April) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im März 2003

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
fischer@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Landesweite Kommunalwahlen

Am 28. Februar fanden in Iran landesweit Kommunalwahlen statt. 225.000 Kandidaten bewarben sich um 185.000 Sitze in den Stadt- und Gemeinderäten. Rund 41 Millionen Iranerinnen und Iraner waren zur Wahl aufgerufen. Obwohl von der Verfassung vorgeschrieben, weigerte sich die politische Führung des Landes immer wieder unter neuen Vorwänden, Kommunalwahlen durchzuführen. Erst mit dem Beginn der Reformbewegung unter Präsident Chatami und der Eroberung der Parlamentsmehrheit durch die Reformfraktion gelang es, das Gesetz in die Praxis umzusetzen. So wurden vor vier Jahren mit großer Begeisterung im ganzen Land Stadt- und Gemeinderäte gewählt. Die Reformer feierten diese Wahl, die für sie zu einem großen Erfolg wurde, als großen Sieg, als wichtigen Schritt zur Demokratie. Doch die Bilanz, die nun die Gemeinde- und Stadträte vorweisen, ist an vielen Orten keineswegs ermunternd. Der Mangel an Erfahrung kommunaler Aktivitäten und der Umstand, dass nach wie vor Entscheidungen in der Hauptstadt gefällt werden und schließlich die politischen Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Reformern behinderten eine konstruktive Arbeit. Der Teheraner Stadtrat musste sogar vorzeitig aufgelöst werden. All dies bildete keine gute Basis für die Neuwahl. Dennoch waren vor allem die Reformer bemüht, die Wähler zur Teilnahme an der Wahl zu mobilisieren. Neu war bei dieser Wahl, dass es im Gegensatz zu den Parlamentswahlen keinerlei Einschränkungen für Kandidaten gab. Die Entscheidung über die Eignung der Kandidaten lag nicht beim Wächterrat, sondern beim Innenministerium, das von den Reformern geleitet wird. Somit konnten dieses Mal auch Gruppen, die bislang ausgegrenzt wurden, wie zum Beispiel die „Freiheitsbewegung“ oder die Gruppe der „National-Religiösen“ ihre Kandidaten aufstellen. Es war die erste freie Wahl, die in der Geschichte der Islamischen Republik stattfand. Sie wurde zum Debakel.

Zwar hatten sämtliche Prognosen eine niedrige Wahlbeteiligung vorausgesagt, dass sie aber so katastrophal ausfallen würde, konnte sich wohl kaum je-

mand vorstellen. Am schlimmsten war es in der Hauptstadt und in Großstädten. In Teheran lag die Wahlbeteiligung bei 14 Prozent. Die größten Verluste mussten die Reformer einstecken. Im Gegensatz zu den Wahlen vor vier Jahren, wo sie einen triumphalen Sieg errangen, konnten sie dieses Mal in den wichtigsten Stadt- und Gemeinderäten keinen einzigen Sitz erobern. Nicht einmal Mostafa Tadjzadeh, der Spitzenkandidat der Reformer, schaffte den Einzug in den fünfzehnköpfigen Teheraner Stadtrat. Er kam auf Platz sechzehn.

Gewinnerin der Wahl in der Hauptstadt ist eine Gruppe, die sich „Abadgaran“ (Aufbauende) nennt. Sie stellte sich erst zehn Tage vor der Wahl der Öffentlichkeit vor. Ihre Mitglieder, die zum Teil als extrem Konservative bekannt sind, behaupten, sie seien völlig unabhängig. Ihr Ziel sei, sich jenseits aller politischen Auseinandersetzungen um die Belange der Hauptstadt zu kümmern. Hinter dieser Initiative wird Ex-Staatspräsident Rafsandjani vermutet. Schon lange wird in politischen Kreisen gemunkelt, dass Rafsandjani, der als einer der mächtigsten Politiker des Landes gilt, sein Comeback vorbereitet. Er präsentiert sich als Macher, als ein Staatsmann, der im Gegensatz zu Chatami in der Lage ist, harte Entscheidungen zu treffen und die Probleme des Landes zu lösen. Doch die Frage ist, ob die Konservativen über das Wahlergebnis glücklich sein können. Denn ihren Sieg haben sie einer allgemeinen Verweigerung zu verdanken, einer Absage, die unmissverständlich den Unwillen des Volkes zum Ausdruck bringt, dem Gottesstaat insgesamt weiterhin Gefolgschaft zu leisten.

Es bleibt ein Rätsel, wie sich die rund 30 Millionen Wähler, die den Urnengang verweigerten, zuvor über diesen gemeinsamen Wahlboykott verständigt hatten. Fest steht, dass die meisten Wähler, die vor drei Jahren den Reformern zu einer Mehrheit im Parlament und vor zwei Jahren Präsident Chatami bei seiner Wiederwahl zu einem großen Sieg verholfen hatten, dieses Mal zu Hause geblieben sind. Die kleine Minderheit, die an der Wahl teilgenommen hat, bildet zum größten Teil die Basis der Islamisten. Dabei hatten gerade die Konservativen alle Mittel eingesetzt, um die Bevölkerung

von der Teilnahme an der Wahl abzuhalten. Die niedrige Wahlbeteiligung sollte den Nachweis erbringen, dass die Reformbewegung versagt und ihre Basis im Volk verloren hat. Die konservative Presse, Rundfunk und Fernsehen und die Prediger beim Freitagsgebet führten über Wochen eine Hetzkampagne gegen die Kandidaten der Reformbewegung. Sie seien unislamisch und Handlanger des Westens, wurde behauptet. Wenige Tage vor der Wahl sagte Assadollah Badamchian, einer der bekanntesten Wortführer der Islamisten: „Viele Menschen, insbesondere die Frommen, sind nicht bereit, an der Wahl teilzunehmen.“ Selbst Revolutionsführer Chameini konnte sich nicht zurückhalten. Er forderte zwar am Wahltag die Menschen auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, erklärte aber gleichzeitig, dass manche Gemeinde- und Stadträte die Menschen enttäuscht hätten. Zudem habe er gehört, dass den zuständigen Gremien bei der Feststellung der Eignung der Kandidaten Fehler unterlaufen seien. Sollten die falschen Kandidaten gewählt werden, sei ihre Wahl ungültig!

Die Reformer haben ihre Niederlage eingestanden. Der Parlamentsabgeordnete Ali Shakuri Rad, einer der profiliertesten Wortführer der Reformfraktion sagte: „Wenn sich eine riesige Mehrheit weigert, an der Wahl teilzunehmen, hat sie den Glauben an Wahlen verloren. Entweder sind wir imstande, die richtigen Lehren daraus zu ziehen, oder wir sind verloren.“

Die geringe Wahlbeteiligung zeigt eindeutig, dass die Hoffnungen, die mit der Wahl Chatamis geweckt wurden, zunichte gemacht worden sind. Die totale Blockade der Reformversuche durch die Konservativen, der Mangel an Durchsetzungsvermögen bei den Reformern und die Ausweglosigkeit, in die das Land seit geraumer Zeit geraten ist, haben zu einer offensichtlichen Absage an den Gottesstaat geführt. „Was geschehen ist, ist ein Warnsignal“, sagte Chatami. „Die Lage ist sehr ernst.“

UN-Menschenrechtsdelegation besucht Iran

Am 15. Februar traf eine Menschenrechtsdelegation der Vereinten Nationen in Teheran ein. Es war nach sieben Jahren das erste Mal, dass Beauftragte

der UNO die Einreiseerlaubnis nach Iran erhielten. Geführt wurde die fünfköpfige Delegation von Louis Joinet, dem international bekannten französischen Richter und Verfechter der Menschenrechte. Die Initiative zu dem Besuch ging erstaunlicherweise von Iran aus. Nachdem das Land sich Jahre lang geweigert hatte, UNO-Beobachtern die Einreise zu gestatten, forderte der Vertreter der Islamischen Republik im Juli vergangenen Jahres in Genf die Kommission auf, Beobachter nach Iran zu entsenden. Allgemein wurde diese überraschende Einladung als ein Sieg der Reformer über die von Konservativen beherrschte Justiz gedeutet. Es gab aber auch Skeptiker, die der Meinung waren, Iran wolle mit diesem Schachzug nur demonstrieren, dass es nichts zu verbergen habe.

Die Delegation, die sich bis zum 27. Februar in Iran aufhielt, hatte den Auftrag zu prüfen, ob in der Islamischen Republik tatsächlich Menschen willkürlich und widerrechtlich verhaftet und als Gefangene misshandelt werden. Geplant waren Gespräche mit Parlamentariern, Vertretern der Regierung, Besuche von Gefängnissen und Gespräche mit dreißig Inhaftierten und ehemaligen Gefangenen, die den Delegationsmitgliedern bereits namentlich bekannt waren.

Es war vorzusehen, dass die Reise nicht reibungslos und ohne Provokationen vonstatten gehen würde. Tatsächlich wurde kurz nach der Ankunft der Delegation in Teheran einer der politischen Gefangenen, den die Beobachter besuchen wollten, hingerichtet. Sassan al Kanan war vor vier Monaten in Sanandadj in der Provinz Kurdistan festgenommen worden, weil er Mitglieder der kurdischen Organisation „Kumula“ als Gäste empfangen hatte. Er wurde von einem Schnellgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Auch zwei prominente Kritiker, Mohssen Sazegara und Ghassem Sholeh Saadi, deren Namen ebenfalls auf der Liste der Delegation standen, wurden, während sich die Delegation in Iran aufhielt, festgenommen. Allerdings wurde Sazegara nach einer Woche Gefängnisarrest (angeblich aus gesundheitlichen Gründen) frei gelassen.

Der erste Gesprächspartner der Delegation war Djavad Laridjani, Stellvertreter des Justizchefs. Er empfing die

ausländischen Gäste nicht als Beobachter, sondern als normale Besucher. Die iranische Justiz wende stets die Gesetze in voller Klarheit an und sei deshalb daran interessiert, mit anderen Ländern Erfahrungen auszutauschen, sagte er. Ganz anders äußerten sich Vertreter der Reformfraktion des Parlaments. Hossein Anssari Rad, Vorsitzender des Petitionsausschusses, bezeichnete die Begegnung mit den UNO-Beobachtern als sehr bedeutend. Er sagte, die meisten Beschwerden, die dem Ausschuss vorgelegt werden, richten sich gegen Verhaftungen und gegen die Art der Behandlungen der Gefangenen in den Gefängnissen. Die Delegation rannte beim Petitionsausschuss offene Türen ein. Luis Joinet war von der Begegnung begeistert und lobte die Arbeit des Ausschusses.

Weniger Glück hatten die UNO-Delegierten bei ihrem Versuch, mit Gefangenen ihrer Wahl Gespräche zu führen. Der Journalist Ahmad Zaidabadi sagte in einem Interview, die UNO-Beobachter hätten normale Gefängnisse besucht, es sei ihnen nicht erlaubt worden, politische Gefangene zu sprechen. Tatsächlich wurden die bekanntesten politischen Häftlinge in Zellen versteckt, zu denen die Delegation bei ihren Gefängnisbesuchen keinen Zugang erhielt. Auf der anderen Seite war es den Verantwortlichen der Justiz auch bewusst, dass sie die ausländischen Beobachter nicht mit leeren Händen zurück schicken konnten. Deshalb erlaubten sie den Gästen, mit Abbas Amir Entezam und einigen inhaftierten Anwälten Gespräche zu führen. Entezam ist der prominenteste politische Gefangene des Landes. Er war Mitglied der provisorischen Revolutionsregierung. Er wurde vor 24 Jahren unter dem Vorwurf der Agententätigkeit festgenommen und zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Urteil hat er bis heute nicht akzeptiert. Zurzeit befindet er sich in Hafturlaub.

Das Hotel Laleh, in dem die Delegation untergebracht war, wurde von der Polizei und von Zivilbeamten des Geheimdienstes hermetisch abgeriegelt. Täglich versammelten sich dort mehrere Hundert Menschen, die der Delegation über ihr eigenes Schicksal berichten wollten. Es gab mehrere Festnahmen. Selbst der größten Studentenorganisation „Tahkim Wahdat“ gelang es nicht, die UNO-Beobachter zu sprechen. Zahl-

reiche Mitglieder der Organisation befinden sich im Gefängnis. Ein Sprecher der Organisation sagte, sollte kein Gespräch mit der Delegation möglich sein, werde seine Organisation alle Dokumente, die sie der Delegation vorlegen wollte, veröffentlichen. Ein telefonischer Kontakt mit den Mitgliedern der Delegation war nicht möglich. Sämtliche Telefone des Hotels waren ständig besetzt.

Die iranische Justiz hat bereits für sich selbst ein gutes Zeugnis ausgestellt. Justizsprecher Gholamhussein Elham sagte: „Die Arbeit der iranischen Justiz ist frei von jeglicher Willkür. Es gibt auch keine Abweichungen vom Gesetz. Willkür und Gesetzesübertretungen sind strafbar. Da es in der iranischen Justiz keine widerrechtlichen oder willkürlichen Festnahmen gibt und alle unsere Aktivitäten sich nach den Gesetzen richten, sind wir zur jeglicher Zusammenarbeit bereit und begrüßen jede objektive Beurteilung unserer Arbeit. Der Besuch der Menschenrechtsdelegation der UNO wird alle Unterstellungen gegen die iranische Justiz aus dem Weg räumen. Wir haben mit unseren Gesetzen und Vorschriften keine Probleme. Wir haben der Delegation freie Hand gelassen, um den Beobachtern keinen Vorwand zu liefern.“

So positiv wie es sich die iranische Justiz wünschte, fiel die Bilanz der Delegation nicht aus. Delegationsleiter Louis Joinet hatte zum Abschluss der Reise doch einiges zu beanstanden. Auf einer Pressekonferenz kritisierte er die „repressive Auslegung von Gesetzen“ in Iran. In zahlreichen Fällen habe die Delegation ein Missverhältnis zwischen Verbrechen und dem Ausmaß der Strafe festgestellt. Die Bestrafung von Dissidenten wegen der Teilnahme an internationalen Konferenzen sei mit der allgemein geltenden Rechtsauffassung nicht zu vereinbaren. Es habe einen Mangel an Pflichtverteidigern gegeben. Einige Verteidiger seien selbst zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die von den Gerichten festgelegten Kautionen seien oft ungewöhnlich hoch, so dass die betreffenden Angeklagten nicht in der Lage wären, sie zu stellen.

Joinet bedankte sich für die gute Zusammenarbeit. Die Delegation habe einige Gefängnisse ihrer Wahl besuchen

und mit Gefangenen, darunter auch mit politischen Gefangenen, sprechen können. Er betonte ausdrücklich, dass seine Delegation lediglich die Aufgabe hatte, die Situation der Menschenrechte im Bezug auf die Lage der Gefangenen zu untersuchen. Das Problem in Iran sei nicht die freie Meinungsäußerung, sondern all das, was nach einer politischen Meinungsäußerung geschieht. Gerade in diesen Fällen seien willkürliche Festnahmen und Urteile festzustellen. Die Einzelhaft sei weit verbreitet. Sie sei eine Art „Gefängnis im Gefängnis“. So etwas habe er bisher in keinem Land erlebt.

All dies seien erste Eindrücke, die noch verarbeitet werden müssten, sagte Joinet. Die Delegation werde demnächst einen detaillierten Bericht veröffentlichen.

Begnadigung von Gefangenen

Es ist ein alter Brauch, dass der Revolutionsführer zum Jahrestag der Revolution Häftlinge begnadigt. Im Vergleich zu den Vorjahren war dieses Jahr die Zahl der Gefangenen, denen die Gnade zuteil wurde, wesentlich höher. Diese „Großzügigkeit“ ist zum einen auf die überfüllten Gefängnissen zurückzuführen und zum anderen darauf, dass sowohl die Vereinten Nationen als auch die Europäische Union zunehmend auf die Einhaltung der Menschenrechte in Iran drängen. Allerdings betraf die Begnadigung vorwiegend Kriminelle und Betrüger. Politische Häftlinge waren kaum darunter.

76 Prozent der Jugendlichen schauen ohne Hoffnung in die Zukunft

Nach einer Meinungsumfrage, die kürzlich in Teheran durchgeführt wurde, werden die Massenmedien, insbesondere Fernsehen und Rundfunk, nicht ihrem Auftrag gerecht, Jugendlichen eine Zukunftsperspektive zu geben. Demnach haben sechzig Prozent der Jugendlichen keine Hoffnung, eine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung zu finden. 75 bis 77 Prozent der Befragten meinen, dass sie nicht in der Lage sein werden, die materiellen Voraussetzungen für ein selbständiges Leben zu schaffen. Zugleich sind 73 Prozent (wovon mehr als die Hälfte Frauen sind) der Ansicht, dass der Glaube an

religiöse Werte die Chancen für eine bessere Zukunft steigert.

Mehr als 65 Prozent der Befragten sind davon überzeugt, dass sie nach dem Abschluss ihrer Ausbildung zu dem Heer der Arbeitslosen stoßen werden. Ebenso viele glauben, dass ihre materielle Situation ihnen nicht erlauben wird, einen Lebenspartner bzw. eine Lebenspartnerin zu finden, der oder die ihrem Wunsch entspricht. 93 Prozent meinen, sie werden sich angesichts ihrer materiellen Situation höchstens ein bis zwei Kinder leisten können.

Die Umfrage ergab, dass der Mangel an Zukunftsperspektive zu 76 Prozent auf mangelnde Berufsaussichten und zu 75 Prozent auf die im Land herrschende Rechtlosigkeit zurück zu führen ist.

30 Prozent höhere Scheidungsrate in den Großstädten

Said Madani, Mitglied einer Forschungsgruppe in Teheran, teilte in einem Interview mit der Tageszeitung Hambastegi mit, dass die Scheidungsrate insgesamt um 14 Prozent gestiegen ist. In Großstädten wie Teheran liegt der Anstieg bei 30 Prozent. Madanis Angaben zufolge lag die Steigerungsrate in den Jahren zwischen 1996 und 1999 im Durchschnitt bei sieben Prozent, während in den letzten drei Jahren eine kontinuierliche Zunahme zu verzeichnen ist. Hambastegi fügt unter Berufung auf Angaben des Familienzentrums in Teheran hinzu, 85 Prozent der Scheidungsanträge würden von Frauen gestellt.

Zum ersten Mal Demonstration zum Weltfrauentag

„Das Frauenkulturzentrum“ kündigte in ihrem Internetdienst an, dass es am Nachmittag des 8. März in Teheraner Laleh Park eine „freie Tribüne“ veranstalten wird. Das Zentrum ist eine regierungsunabhängige Organisation, die sich nach eigenen Angaben für die Herstellung der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern einsetzt. In der Ankündigung hieß es: „Das Zentrum lädt alle Frauen und Männer, die von der Gleichberechtigung der Geschlechter überzeugt sind, ein, zum Zeichen der Solidarität an der Veranstaltung teilzunehmen.“ Zu den weiteren Initia-

tiven des Frauenzentrums gehört die Veranstaltung eines Seminars zum Thema Frauen und Schule. Zum selben Thema wird es demnächst eine Fotoausstellung geben.

Tatsächlich folgten einige Hundert Frauen und Männer der Einladung. Wie die studentische Nachrichtenagentur ISNA berichtete, wurden bei der Versammlung Transparente getragen mit der Aufschrift: „Demokratie bedeutet Frieden und nicht Krieg“, „Wenn die Familie die wichtigste Einheit der Gesellschaft bildet, muss sie eine entsprechende Unterstützung der Gesellschaft und des Staates erhalten“, „Krieg und Gewalt richten sich gegen Frauen und Kinder und zerstören die Umwelt“, „Iran muss ohne Bedingung die internationale Konvention zur Gleichberechtigung unterzeichnen.“

Nushin Ahmadi, eine der Rednerinnen fragte, wie man mit einer Welt zufrieden sein könne, in der Zweidrittel der Arbeit von Frauen geleistet werden, während sie nur fünf Prozent des Einkommens erhalten. Wie könne man mit einer Gesellschaft zufrieden sein, in der neunjährige Mädchen mit Zustimmung ihres Vaters verheiratet werden.

Die zweite Rednerin, Firuzeh Mohadjer äußerte sich zum Frauenschmuggel und zur Aidskrankheit. In den vergangenen 30 Jahren seien in Asien 30 Millionen Frauen dem Menschenschmuggel zum Opfer gefallen, sagte sie. 60 Prozent der Aids-Kranken Afrikas sind Frauen. Frauen seien Opfer von Vergewaltigungen, sie würden ungleich behandelt und hätten weniger Ausbildungs- und Berufschancen.

Die dritte Rednerin, Zohreh Arzani, kritisierte, dass das Parlament die Aussprache über den Antrag zur Unterzeichnung der Konvention der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen vertagt habe. Kein männlicher Abgeordneter habe gegen die Vertagung gestimmt, sagte sie und fragte, ob die männlichen Volksvertreter nur gewählt worden seien, um die Interessen der Männer zu vertreten. Es sei kein haltbarer Zustand, dass in der Islamischen Republik nahezu sämtliche Schlüsselpositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen von Männern besetzt seien. Zum Beispiel seien im Kultusministerium 70 Prozent der Beschäftigten Frauen, sagte Frau Arzani. Hätten diese

Frauen nicht wenigstens das Recht, 10, 20 oder 30 Prozent der leitenden Stellen zu besetzen? „Es wird immer das Argument gebracht, Frauen hätten keine Erfahrung. Aber woher sollen diese Erfahrungen kommen, wenn Frauen von leitenden Funktionen zurück gehalten werden?“

Einige Männer protestierten, dass man Männern keine Redeerlaubnis erteilt habe. Die Moderatorin erwiderte: „Seien Sie unbesorgt, Männer kommen in unserer Gesellschaft mehr als genug zu Wort.“

Valentinstag in Iran

Seit einigen Jahren wird in Iran der Valentinstag, der als „Tag der Liebenden“ bezeichnet wird, vor allem von Jugendlichen gefeiert. Dementsprechend haben sich auch die Geschäfte darauf eingestellt. Sie bieten Geschenkartikel an, die auf innige Liebe deuten sollen. In diesem Jahr hatten manche Geschäfte sogar ihre Schaufenster mit Herzornamenten geschmückt. Das wurde den Sittenwächtern zu viel. In manchen Geschäften wurden die Artikel eingesammelt und beschlagnahmt, einige Geschäfte mussten sogar schließen. Offiziell wurde die Aktion als Kampf gegen verderbliche westliche Einflüsse bezeichnet. Nun wurde, um dem offensichtlich bestehenden Bedürfnis der Jugendlichen entgegen zu kommen, die Einrichtung eines islamischen Tages der Liebe erwogen.

Nach Schätzung der UNO wird die Bevölkerungszahl Irans bis 2050 auf 105 Millionen steigen

Im jüngsten Jahresbericht der UNO wird die Bevölkerungszahl Irans für das Jahr 2050 auf 105 Millionen geschätzt. Zurzeit beträgt die Einwohnerzahl 68.920.000, davon sind 34.925.000 Männer und 33.995.000 Frauen. Bis zum Jahr 2015 wird sich die Zahl auf rund 81,5 Millionen und bis 2025 auf fast 91 Millionen erhöhen. In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts wird Iran mehr Einwohner haben als Deutschland oder gar Russland, da in beiden Ländern die Bevölkerungszahl sinken wird. Im Vergleich zu anderen Ländern wird Iran im Jahr 2050 bezüglich der Zahl seiner Einwohner an 16. Stelle stehen. Die Lebenserwartung liegt zurzeit bei

70 Jahren, 2050 wird sie auf 79 Jahre steigen. Die Kindersterblichkeit beträgt gegenwärtig 33 von 1000, 2050 wird sie bei neun pro 1000 liegen.

Das derzeitige Durchschnittsalter in Iran liegt bei 20 Jahren, im Jahre 2050 wird es bei 40 Jahren liegen. Damit wird die iranische Gesellschaft wesentlich älter als jetzt. Zurzeit sind laut Angaben der UNO 35,2 Prozent der Bewohner Irans jünger als 14 Jahren, was sich im Jahr 2050 um die Hälfte reduzieren wird. Dagegen wird sich die Zahl der Menschen, die älter als 60 Jahre sind, um ein Viertel erhöhen.

Die größte Studentenorganisation „Tahkim Wahdat“ kündigt die Zusammenarbeit mit der „Front 2. Chordad“

Der Vorstand der größten Studentenorganisation des Landes „Tahkim Wahdat“ erläuterte die Gründe für die Kündigung der Zusammenarbeit mit der „Front 2. Chordad“, dem Sammelbecken der Reformer um Präsident Chatami. Vorstandmitglied Said Razawi Faghieh sagte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur ISNA, seine Organisation sei bereits vor der Wiederwahl Präsident Chatamis zu der Ansicht gelangt, dass das Potential der „Front 2. Chordad“ zur Erfüllung der Forderungen der Bevölkerung nach grundlegenden Reformen ausgeschöpft sei. Daher sei in der zweiten Periode der Regierung Chatami, die als zweite Periode der Reformen betrachtet werden muss, die Gründung einer neuen Front notwendig geworden. „Wir waren der Meinung, dass es an der Zeit sei, das Reformvorhaben konkreter, klarer und genauer zu formulieren“, sagte Faghieh. Das Volk könne sich nicht mehr mit Allgemeinheiten begnügen und dieselben Parolen wiederholen. Auch die Bündnisse innerhalb einer Front der Reformbewegung sollten auf der Basis von klaren Plänen und Vereinbarungen geschlossen werden. Bedauerlicherweise sei seit der Wiederwahl Chatamis nichts von all dem geschehen. Eine qualitative Veränderung gegenüber der ersten Periode sei nicht sichtbar.

Faghieh vertrat die Meinung, dass die Niederlage der Reformer bei den Kommunalwahlen auf diese Mängel zurückzuführen sei. Die Diskussionen und Pläne hätten die Menschen nicht mehr überzeugen können. Es habe auch keine Or-

ganisation gegeben, die die Forderungen der Menschen in ihr Programm aufgenommen und entsprechende Pläne vorgelegt hätte. Man habe gehofft, dass die Massen wieder wie früher spontan zu den Urnen strömen würden.

Die Forderung, eine neue Front zu gründen, dürfe keinesfalls als Versuch einer Spaltung der Front 2. Chordad gedeutet werden. „Wir hatten gehofft, dass die neue Front aus der alten geboren wird. Doch wir haben auf unsere Fragen keine Antworten bekommen. Deshalb haben wir uns entschieden, die Front 2. Chordad zu verlassen. Wir hoffen, dass unser Vorschlag, eine „Front zur Erlangung der Demokratie“ zu gründen, auf breite Zustimmung aller Kräfte, die nach Freiheit und Demokratie streben, stößt. Wir werden in Kürze ein Seminar durchführen und danach eine Plattform veröffentlichen.“

Abdollah Momeni, ebenfalls ein Vorstandsmitglied von Tahkim Wahdat, sagte: „Die Trennung von der Front 2. Chordad bedeutet keineswegs, dass wir die Front der Reformer verlassen oder uns gar von der Reformbewegung getrennt haben.“ Die Studentenbewegung werde künftig nach der Devise: „Abstand von der Macht und zusammen mit dem Volk“ arbeiten. Seine Organisation vertrete die Auffassung, dass die Front 2. Chordad ihre Fähigkeit, verschiedene Schichten der Bevölkerung und zivile Bestrebungen zu vertreten, verloren habe. Die Gesellschaft verlange neue Antworten und neue Konzepte. Es sei nun an der Zeit, dass sich die überzeugten Reformer in einer gemeinsamen Front um demokratische Ziele scharen. Seine Organisation werde nicht der neuen Front beitreten, dies sei weder möglich noch empfehlenswert. Sie werde jedoch versuchen, intensiv an der Diskussion teilzunehmen und für die neue Front zu werben. Zu dem bereits von Faghieh erwähnten Seminar werde man die wichtigsten Meinungsträger der Reformbewegung einladen.

Heftige Proteste gegen die Äußerungen des Freitagspredigers Yazdi

Die Äußerungen des Freitagspredigers Yazdi, der eine rigorose Zensur der Bücher forderte, lösten bei Schriftstellern und Intellektuellen heftige Proteste aus. Mohammad Yazdi, einer der konservativsten Freitagsprediger

des Landes und früherer Justizchef, hatte das Kultusministerium und diesem Ministerium unterstehende Zensurbehörde scharf kritisiert. Er sagte, von 600 Büchern, die eine Druckerlaubnis erhalten hätten, seien lediglich an die 40 mehr oder weniger akzeptabel. Der Rest diene der Verbreitung verderblicher Moral und Prostitution.

Der Autor Sirus Zanuri Djalali, dessen Erzählungen zumeist den iranisch-irakischen Krieg zum Thema haben, meinte zu den Äußerungen Yazdis, statt pauschaler Urteile hätte der Prediger wenigstens ein paar Beispiele anführen können. Er habe festgestellt, dass die Autoren soweit sensibilisiert seien, dass sie inzwischen unter Selbstzensur leiden. Außerdem würden Menschen, die ein Verlangen nach Verderben und Prostitution haben, nicht nach Büchern, sondern mehr nach visuellen Produkten greifen. Dafür seien Fernsehen und Videos eher geeignet als Bücher.

Der Parlamentsabgeordnete Djalil Sazgarnejad warf Yazdi vor, Behauptungen aufgestellt zu haben, die nicht nachgewiesen werden könnten. Man könne, wenn man unbedingt die Absicht habe, jemanden etwas zu unterstellen, bei jedem Buch, selbst bei religiösen Lehrbüchern, Stellen finden, die man als Fehler interpretieren könnte. So ein hartes Urteil gegen iranische Autoren zieme sich nicht für einen hohen Geistlichen.

Langjährige Haftstrafen für Meinungsforscher

Hossein Ali Ghazian und Abbas Abdi, zwei bekannte Meinungsforscher, wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Das Institut, dem sie angehören, hatte im Sommer vergangenen Jahres gemeinsam mit zwei anderen Instituten die Ergebnisse einer Meinungsumfrage über das Verhältnis Irans zu den USA veröffentlicht. Demnach hatten sich rund 75 Prozent der Befragten für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ausgesprochen. Das Ergebnis war für die Konservativen empörend und peinlich. Die von ihnen beherrschte Justiz ließ die Institute schließen und einzige Mitarbeiter festnehmen. Der Prozess wurde zu einem Politikum, umso mehr als die Umfrage von der Regierung und dem Parlament in Auftrag gegeben wor-

den war. Außerdem unterstand eines der Institute dem Kultusministerium.

Den Meinungsforschern wurde Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten, Verrat von Staatsgeheimnissen und Aktivitäten gegen die Interessen der Islamischen Republik vorgeworfen. Ghazian wurde zu neun und Abdi zu acht Jahren Haft verurteilt.

Ramezan Hadji Mashhadi, Ghazians Verteidiger, bezeichnete das Urteil als ungerecht. Es sei nicht verboten, Meinungsumfragen durchzuführen und die Ergebnisse auch an ausländische Agenturen zu verkaufen. Es sei absurd, solche Ergebnisse als Staatsgeheimnisse einzustufen. Er werde gegen das Urteil Einspruch einlegen.

Mashaallah Shams al.Vaezin, Sprecher des Journalistenverband sagte: „Wir befinden uns in einem Zustand, in dem es keinen Unterschied macht, ob jemand zu acht, achtzig oder achthundert Jahre verurteilt wird. Die Urteile sind politisch, sie können, wenn es politisch opportun erscheint, ganz anders ausfallen.“

Maulkorb für den Regierungssprecher

Der Internetdienst „Rooydad“ berichtet von Vorbereitungen eines Prozesses gegen den Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh. Ihm werde vorgeworfen, während seiner wöchentlichen Pressekonferenzen in neun Fällen die nationalen Interessen der Islamischen Republik und die Autorität des Staates verletzt zu haben. Offensichtlich sind die Stellungnahmen Ramezanzadehs den Konservativen nicht genehm. „Rooydad“ meint festgestellt zu haben, dass der Regierungssprecher bei seinen letzten Konferenzen auffallend wortkarg und vorsichtig geworden sei.

Das Wissenschaftsministerium erteilte die Erlaubnis zum Bau eines Satelliten

Das Wissenschaftsministerium gab bekannt, dass es die Erlaubnis zum Bau eines Satelliten erteilt habe. Der Satellit werde in zwei Jahren fertig gebaut sein. Djafar Mili Monfared, Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, erklärte gegenüber der Presse, der Satellit mit dem Namen Messbah werde von iranischen Technikern und

Wissenschaftlern gebaut. Das Projekt befindet sich seit 1998 in Vorbereitung. Die Modelle seien nun hergestellt. Das Institut für technische Forschung und das Zentrum für Kommunikationsforschung hätten gemeinsam mit dem Projekt begonnen und würden nun, gestützt auf Erfahrungen italienischer Forscher, mit dem Bau beginnen. Der Satellit soll der Lehre und Forschung dienen. Es gehe vor allem um wissenschaftliche Erkenntnisse im Bereich von Wasserquellen, Bodenschätzen, Umwelt, Erdöl, Erdgas und Katastrophenhilfe. Monfared sagte, für die Finanzierung des Projekts seien 5,6 Millionen Euro vorgesehen. Der Satellit habe ein Gewicht von 60 Kilogramm und werde in einer Entfernung von 900 Kilometern um die Erde kreisen.

Fatwa gegen Salman Rushdi erneuert

Laut einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA hat die radikal islamistische Chordad-Stiftung das vor 14 Jahren gegen den indisch-britischen Autor Salman Rushdi ausgesprochene Todesurteil erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Damals hatte Revolutionsführer Ayatollah Chomeini Salaman Rushdi zum Tode verurteilt, weil Rushdi nach seiner Auffassung in seinem Buch „Satanische Verse“ die Heiligtümer des Islam beleidigt hatte. Dieses Urteil (Fatwa) könne nach Meinung der Stiftung nicht widerrufen werden. Das Kopfgeld für die Ermordung Rushdis wurde, wie der Leiter der Stiftung, Ayatollah Hassan Sanei mitteilte, von 2,8 auf drei Millionen erhöht. Die Erneuerung des Urteils machte bei der konservativen Presse Schlagzeilen, während sie von der liberalen Presse ignoriert wurde.

II. Wirtschaft

Iranisches Gas und Süßwasser nach Kuwait

Nach einer Meldung der Tageszeitung Donjaj-e Eghtesad (Welt der Wirtschaft) hat der Staatssekretär im Ölministerium, Mohammad Mallaki, erklärt, Iran und Kuwait hätte ernste Gespräche über die Lieferung von Gas an Kuwait geführt. Laut Mallaki beträgt das vorgesehene Exportvolumen 14 bis 15 Millionen Kubikmeter pro Tag. Ein offizieller Vertrag liege jedoch noch nicht vor. Bereits vor zwei Monaten hatte der kuwaitische Energieminister bei seinem Besuch in Teheran mit seinem iranischen Amtskollegen über ein Abkommen zur Lieferung von Süßwasser an Kuwait verhandelt. Für den Transport wird eine fünfhundert Kilometer lange Rohleitung gebaut. Sollte das Abkommen, das für einen Zeitraum von 30 Jahren gelten soll, zustande kommen, wird Iran in jeder Sekunde zehn Kubikmeter Süßwasser an Kuwait liefern. Die Menge kann auf zwanzig Kubikmeter erhöht werden.

Bilanz des iranischen Außenhandels

Kurz vor Jahresschluss (das iranische Jahr endet am 20. März) veröffentlichte das Zollamt die Bilanz des Außenhandels der vergangenen 11 Monate. Demnach hat Iran während dieses Zeitraums Waren (ohne Erdöl) im Wert von 4 Milliarden 500 Millionen US-Dollar exportiert und im Gegenzug Waren im Wert von 19 Milliarden 600 Millionen Dollar eingeführt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zeigt das Exportvolumen eine Zunahme von 13 Prozent, was allerdings von dem von der Regierung angestrebten Ziel noch weit entfernt ist. Nimmt man den zwölften Monat hinzu, dann würde der Wert der exportierten Waren um 5 Milliarden Dollar betragen, was für ein Land wie Iran sehr gering ist. Die Türkei zum Beispiel, die längst nicht über die potentiellen Möglichkeiten verfügt, die Iran besitzt, weist für das Jahr 2002 ein Exportvolumen von mehr als 35 Milliarden Dollar auf.

Auch das Missverhältnis zwischen Export (ohne Öl) und Import ist - aus iranischer Sicht betrachtet - äußerst negativ. Das Importvolumen liegt vier- einhalb Mal so hoch wie das Exportvo-

lumen. Hätte Iran kein Öl, würde die Handelsbilanz der letzten elf Monate ein Defizit von 15 Milliarden Dollar aufweisen.

Lufttransport vom Konkurs bedroht

Nach dem Wegfall staatlicher Subventionen ist der iranische Lufttransport vom Konkurs bedroht. Ahmas Choram sagte auf einer Ausstellung über Verkehrssicherheit in Teheran: „Entweder müssen die Fluggesellschaften ihre Preise drastisch erhöhen oder der Lufttransport kommt spätestens in drei bis vier Jahren zum Erliegen.“ Zwar seien die Preise bereits um 35 Prozent erhöht worden, dennoch hätten die Gesellschaften in diesem Jahr einen Verlust von 95 Milliarden Tuman zu verzeichnen. Der Minister berichtete, dass die Regierung in diesem Jahr sämtliche Subventionen für den Lufttransport gestrichen habe. Dies und höhere Benzinpreise seien der Grund für die Preiserhöhung gewesen.

Die Preiserhöhung rief die Kritik einiger Abgeordneter im Parlament hervor. Sie richteten eine Anfrage an den Verkehrsminister. Die Antwort des Ministers schien ihnen nicht überzeugend. Deshalb forderten sie in einem Schreiben an Staatspräsident Chatami die Rücknahme der Preiserhöhung, was bislang ohne Ergebnis geblieben ist.

Minister Choram erklärte, die Preiserhöhung sei gerecht, eine weitere Erhöhung müsse aus wirtschaftlichen Gründen vorgenommen werden. Die Situation des iranischen Luftverkehrs sei ohnehin sehr problematisch. Der Hauptgrund dafür sei das über Iran seit 1979 durch die USA verhängte Wirtschaftsembargo. Das Land verfüge über mehrere Airbusse und Boeing-Maschinen, die aufgrund technischer Fehler und fehlender Ersatzteile nicht eingesetzt werden können. Sollte es nicht gelingen, das Embargo aufzuheben, um Ersatzteile zu beschaffen und neue Maschinen zu kaufen, werde man die Probleme kaum überwinden können.

Iran verfügt über 80 Passagierflugzeuge, die im Durchschnitt 25 Jahre alt sind. Aufgrund des Embargos ist es nicht möglich, Flugzeuge zu bestellen, wenn mehr als zehn Prozent der Teile der Maschinen in den USA hergestellt werden, selbst dann nicht, wenn die

Maschinen außerhalb der USA gebaut werden würden. Der Kauf von russischen oder gebrauchten Maschinen konnte nur vorübergehend aus der Not helfen. Diese Maschinen sind in letzter Zeit des öfteren abgestürzt, was die Probleme des iranischen Luftverkehrs mehr als zuvor aktualisiert hat.

Iran-Air erweitert ab Juli Flugplan nach Deutschland

Die iranische Fluggesellschaft Iran-Air wird nach einer Meldung der Nachrichtenagentur IRNA ab Juni dieses Jahres auch wöchentlich zweimal nach Köln-Bonn fliegen. Bisher fliegt sie wöchentlich fünf Mal nach Frankfurt am Main, zwei Mal nach Hamburg und ein Mal nach Berlin.

Ausländische Zigaretten auf iranischem Markt

Nach einem Bericht der Tageszeitung „Iran“ hat das italienische Unternehmen „BIT“ ein Abkommen mit der iranischen Tabakgesellschaft in Höhe von 30 Millionen Dollar abgeschlossen. Demnach wird die italienische Gesellschaft die genannte Summe zur Herstellung der Zigarette „Montana“ in Iran investieren und in Teheran eine Fabrik errichten. Die Firma wird auch die erforderlichen Fachkräfte zur Verfügung stellen. Ferner hat sie sich verpflichtet, neben der Zigarettenproduktion Ausbildungskurse für iranische Fachkräfte zu veranstalten und ihnen die moderne Technologie der Zigarettenproduktion zu vermitteln. Außer der italienischen Gesellschaft haben weitere vier ausländische Gesellschaften mit der staatlichen Tabakgesellschaft ähnliche Verträge abgeschlossen. Wie Abdolmadjid Rahmani, Leiter der Gesellschaft, sagte, handelt es sich dabei um eine japanische, eine amerikanisch-britische, eine europäische und eine koreanische Gesellschaft.

Der Gesamtverbrauch von Zigaretten in Iran beträgt 50 Milliarden Stück. Davon werden etwa 30 Prozent im Inland produziert, der Rest wird aus dem Ausland eingeschmuggelt. Der Wert der geschmuggelten Zigaretten wird auf jährlich 500 bis 700 Millionen Dollar geschätzt. Bis 1980 war die Einfuhr von Zigaretten verboten. Die Verträge mit den ausländischen Gesellschaften, de-

ren Produkte in Iran weit verbreitet sind, sollen nun dem Schmuggelgeschäft entgegen wirken.

Iran selbst besitzt vier Zigarettenfabriken in den Städten Teheran, Rascht, Isfahan und Orumieh. In diesen Fabriken werden insgesamt jährlich 14 Milliarden Zigaretten produziert. Wegen der schlechten Qualität und Verpackung sind die in Iran produzierten Zigaretten nicht sonderlich begehrt. Wer es bezahlen kann, zieht ausländische Zigaretten vor. Nicht nur die große Nachfrage, sondern auch der Umstand, dass in den westlichen Industriestaaten der Markt für die Tabakindustrie immer weiter eingeschränkt wird, hat ausländische Unternehmen dazu bewogen, neue Märkte zu suchen. Tatsächlich ist der Zigarettenverbrauch in den letzten Jahren im Westen zurückgegangen, während er in den so genannten Entwicklungsländern gestiegen ist.

Daimler Chrysler in Iran

Daimler Chrysler wird in Zusammenarbeit mit einem iranischen Fahrzeughersteller Mercedes-Autos produzieren. Wie die Nachrichtenagentur ISNA berichtet, werden die Autoteile aus Deutschland importiert und in Iran montiert. Wann das Projekt starten soll und welcher Fahrzeughersteller mit Daimler zusammenarbeiten wird, sei noch nicht entschieden. Vor kurzem hatte die französische Nachrichtenagentur AFP über Verhandlungen zwischen Daimler Chrysler und iranische Unternehmern berichtet. Diesem Bericht zufolge sollen jährlich 2500 bis 3000 Fahrzeuge hergestellt werden. Die endgültige Entscheidung soll Anfang des neuen iranischen Jahres (21. März) fallen. Die Einfuhr ausländischer Fahrzeuge nach Iran ist zwar erlaubt, doch die Zolltarife sind so hoch, dass nur wenige sich ein solches Fahrzeug leisten können. Zurzeit werden in Iran jährlich 420.000 Fahrzeuge produziert.

Auslandsinvestitionen in Iran

Die Nachrichtenagentur IRNA berichtet, dass neun Monate nach Verabschiedung des neuen Gesetzes zu Auslandsinvestitionen dem Amt für Auslandsinvestitionen 54 Investitionsanträge mit einem Gesamtkapital von 4 Milliarden US-

Dollar vorliegen. Der Bericht bezieht sich auf Aussagen von Mohammad Chazai, dem Leiter des Amtes für Auslandsinvestitionen. Das neu gegründete Amt soll für Auslandsinvestitionen werben, interessierte Unternehmer insbesondere über Zollbestimmungen und Steuergesetze informieren und sie bei ihrem Vorhaben unterstützen. Doch trotz der Verabschiedung des neuen Gesetzes, das Investitionen erleichtert und ausländischen Unternehmen gewisse Privilegien einräumt, seinen längst nicht alle Probleme beseitigt, sagte Chazai. Sein Amt sei bemüht, diese Probleme aus dem Weg zu räumen. Die eingereichten Anträge betreffen etwa zur Hälfte Projekte im Bereich der Industrie und zur Hälfte Projekte im Bereich Tourismus.

Iran hat bisher mit Unternehmen aus 44 Ländern Verträge abgeschlossen. Im laufenden Jahr wurden bereits mit Unternehmen aus den Ländern Malaysia, Deutschland, Nordkorea, Spanien und Finnland Vereinbarungen unterzeichnet. Verhandelt wird zurzeit mit Unternehmen aus den Ländern Niederlande, Kuwait, Belgien und Indien. Diese Verträge betreffen nicht den Bereich der Ölindustrie. Hier wurden zur Steigerung der Ölproduktion von drei auf fünf Millionen Barrel Rohöl pro Tag bereits Verträge über ein Gesamtvolumen von 20 Milliarden Dollar unterzeichnet.

Parlament verabschiedet Gesetz zum Schutz inländischer Produkte

Das Parlament hat ein Gesetz zum Schutz inländischer Produkte verabschiedet. Ziel ist, einerseits inländische Produkte auf dem Markt konkurrenzfähig zu machen und zum anderen die illegale Einfuhr von ausländischen Waren soweit wie möglich zu unterbinden. Das Gesetz verbietet jeglichen Import von Waren, die nicht vom Zoll registriert worden sind. Künftig sollen Waren, die ungeachtet dieses Verbots eingeführt werden, als Schmuggelware beschlagnahmt und die Importeure hart bestraft werden. Alle Privilegien, Preisnachlässe oder Zollbefreiungen, die die Regierung bisher für bestimmte Institutionen und Unternehmen eingeräumt hat, sollen aufgehoben werden. Diese Verordnung wird, sollte sie tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden, vor allem die mafiösen,

religiösen Stiftungen und Unternehmen treffen, die sich in der Hand der Konservativen befinden. Seit Jahren wird ein großer Teil der Wirtschaft von diesen Stiftungen und Unternehmen monopolisiert. Sie bezahlen keine Zölle und keine Steuern. Durch Macht und Einfluss sind sie in der Lage, Zollbestimmungen zu unterlaufen und jede Ware, selbst jene, die ausdrücklich verboten sind, in jeder beliebigen Menge einzuführen. Damit können sie ausländische Waren weit billiger als inländische anbieten. Das Gesetz ist ein Versuch der Reformfraktion im Parlament, diesen Machenschaften der Konservativen einen Riegel vorzuschieben. Zur Erläuterung des Gesetzes wurde ausgeführt, dass die Regierung angewiesen ist zu versuchen, insbesondere bei Elektrogeräten, Ersatzteilen von Maschinen und Fahrzeugen mit ausländischen Firmen Lizenzverträge abzuschließen, um die Waren im Inland produzieren oder zumindest montieren zu können. Würde dies gelingen, hätte die Regierung die Kontrolle über den Markt, sie würde für die eingeführten Waren Zoll und Steuern einnehmen und die Preise so regulieren, dass einheimische Waren der Konkurrenz ausländischer Produkte standhalten könnten.

Auswirkungen des Irak-Konflikts auf die iranische Wirtschaft

Nach Meinung des Wirtschaftsredakteurs des Senders „Radio Farda“, Fereydu Chawand, der sich auf Analysen französischer Experten beruft, wird der Irak-Konflikt entsprechende Auswirkungen auf die iranische Wirtschaft haben. Demnach wird im Falle einer friedlichen Lösung des Konflikts der Ölpreis noch vor September dieses Jahres auf rund 22 Dollar pro Barrel fallen. Sollte es hingegen doch zu einer militärischen Intervention kommen und das irakische Regime in einer kurzen Zeit gestürzt werden, könnte die Aussicht auf eine rasche Erhöhung des irakischen Ölexportes die OPEC (Organisation Erdöl produzierender Länder) sprengen und den Ölpreis bis auf 15 Dollar pro Barrel senken. Sollte aber die irakische Armee Widerstand leisten und dadurch den Krieg in die Länge ziehen, könnte der Ölpreis bis zu 50 US-Dollar steigen. Ein Sinken der Ölpreise auf 22 oder gar auf 15 US-Dollar würde den iranischen Staats-

haushalt um die Hälfte bzw. um Dreiviertel kürzen.

III. Außenpolitik

Iran lehnt die Pläne der USA für die Zeit nach Saddam Hussein ab

Mohammad Dżawad Zarif, iranischer Botschafter bei der UNO, warnte die USA vor der Besetzung Iraks. Die Übernahme der Führung des Landes durch einen amerikanischen General würde die Stabilität der gesamten Region gefährden, sagte Zarif im UN-Sicherheitsrat. Bereits einige Tage zuvor hatte Revolutionsführer Chamenei die Absicht der USA, nach einem Sturz des irakischen Diktators selbst die Führung des Landes zu übernehmen, scharf verurteilt. Das Ziel der USA, die irakischen Ölfelder unter die eigene Kontrolle zu bringen, zeige sich immer deutlicher, sagte der Revolutionsführer.

Zarif meinte, ein Krieg gegen Irak würde die gesamte islamisch-arabische Welt in Aufruhr versetzen, die gesamte Region destabilisieren und nichts als Tod und Zerstörung hervorbringen. Er forderte die Nationen der Welt auf, keinen Versuch zu unterlassen, um die UNO-Resolution 1441 auf friedlichem Wege durchzusetzen, um die Diktatur in Bagdad zu entwerfen.

Auch Präsident Chatami kritisierte die Politik der USA. Niemand habe die Absicht, Saddam Hussein zu unterstützen, sagte er. Doch die wahren Motive der USA bei einem militärischen Angriff gegen Irak würden sowohl in der arabisch-islamischen Welt als auch in Europa abgelehnt. Man könne nur hoffen, dass die Amerikaner zur Selbstbesinnung kommen.

Verstärkung der Militärkraft an der Grenze zum Irak

Die Islamische Republik Iran ist besorgt, dass ein Militärangriff gegen den Irak die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens in Mitleidenschaft ziehen würde. Auch der mögliche Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch Irak veranlasst das Nachbarland Iran zu militärischen Vorbereitungen. Außenminister Charrazi erklärte, sein Land werde seine militärischen Kräfte in den Grenzgebieten zum Irak verstärken. Die Streitkräfte würden jedoch

unter keinen Umständen in den Irak eindringen. Nach Aussagen des Ministers rechnet Teheran nicht damit, dass die USA nach der Besetzung Iraks auch Iran angreifen würden, obwohl sie Iran neben Irak und Nordkorea als Achse des Bösen bezeichnet hätten.

Bewaffnete Schiiten ziehen nach Nordirak

Nach Darstellung des persischsprachigen Programms der Deutschen Welle, das sich auf Berichte von Financial Times und Frankfurter Rundschau stützt, sind rund 5000 bewaffnete irakische Schiiten, die in Iran militärisch ausgebildet wurden, nach Nordirak gezogen. Die Milizen gehören der Bewegung al-Dawa an, die vor zwanzig Jahren durch das irakische Regime niedergeschlagen wurde und deren Führer 1980, zu Beginn des iranisch-irakischen Kriegs, nach Iran geflüchtet waren. Sie bilden den militärischen Arm des „Hohen Rats der islamischen Revolution“, der von Ayatollah Hakim gegründet wurde. Hakim wurde 1977 in Nadjaf, Zentrum der Schiiten, verhaftet. Auch er hält sich seit 1980 in Teheran auf. Der Rat, der nicht nur unter den Schiiten in Irak, sondern auch in Iran über großen Einfluss verfügt, hat das Ziel, im Irak eine Islamische Republik zu gründen. Somit sind die Interessen der irakischen Schiiten mit denen Irans eng verknüpft. Die Anwesenheit der schiitischen Milizen in Nordirak, die sicherlich in Absprache mit Teheran erfolgt ist, könnte im Falle eines amerikanischen Angriffs gegen Irak zu zusätzlichen Konflikten führen. Die irakischen Schiiten, die rund 60% der Einheimischen bilden, sind den USA nicht sehr freundlich gesonnen. Sie erinnern sich noch gut daran, wie sie 1991, nach der amerikanischen Intervention, im Stich gelassen wurden. Es ist bekannt, dass nach Abzug der Truppen der Alliierten Saddams Armee in der Hochburg der Schiiten im Süden des Landes zehntausende Schiiten massakrierte. Dennoch haben Vertreter der Schiiten sowohl an der Zusammenkunft in London als auch an Gesprächen mit der US-Regierung in Washington über die Zukunft Iraks teilgenommen. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass die Schiiten mit einer längerfristigen Präsenz der USA oder einer vorübergehenden Besetzung eines Teils Nordiraks durch die Türkei einverstanden sind.

Auch die Kurden, die über fünfzig- bis siebzigtausend bewaffnete Männer verfügen, werden sich wohl kaum mit der Präsenz der türkischen Armee abfinden. All dies könnte zu schweren Konflikten in der Ära nach Saddam Hussein führen. Es ist auch kaum denkbar, dass das Nachbarland Iran, das an einem starken Einfluss der Schiiten in Irak interessiert ist, sich in dieser Lage passiv und neutral verhalten würde.

Inzwischen gab die iranische Regierung bekannt, dass sie die Landesgrenzen zum Irak geschlossen habe. Die Grenzschließung sei vom Obersten Rat für nationale Sicherheit beschlossen worden, sagte ein Sprecher des Außenministeriums. Einige Tage zuvor waren die Pilgerfahrten iranischer Schiiten zu den heiligen Stätten Nadjaf und Kerbela gestoppt worden.

Ex-Staatspräsident Rafsandjani kritisiert Golfstaaten

Ex-Staatspräsident Rafsandjani, der dem Rat zur Schlichtung nationaler Konflikte vorsteht, kritisierte während seiner Predigt am Tag des Opferfestes jene Golfstaaten, die mit den USA zusammenarbeiten. „Diese Staaten, die die heilige Stadt Mekka beschützen sollten, haben große Gebiete ihres Landes den Amerikanern als Militärbasis zur Verfügung gestellt“, sagte er. Es sei höchst bedauerlich, dass zwischen den islamischen Staaten keine Einheit bestehe. Es sei unerträglich, dass während der gleichen Zeit, in der sich zwei Millionen Muslime zur Pilgerfahrt nach Mekka begeben, amerikanische Kriegsschiffe und Flugzeuge die Strände am Persischen Golf belagern. Rafsandjani betonte, dass Iran jeden Versuch Washingtons, Saddam Hussein zu stürzen, ablehne. Die Islamische Republik könne nicht hinnehmen, dass die Amerikaner über Irak herrschen.

Die Staatsanwaltschaft Bremen erhebt Anklage wegen illegaler Iran-Exporte

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete, dass Bremens Staatsanwaltschaft gegen drei Geschäftsleute wegen illegaler Exportgeschäfte mit Iran Anklage erhoben hat. Es geht dabei um 30 Tonnen Aluminiumgerät, die zwischen den Jahren 1993 und 1996 in den Iran

geliefert wurden. Nach Ansicht von Experten könne das Material sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwendet werden. Mitarbeiter der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), die Ende Februar eine im Bau befindliche Atomanlage inspiziert haben, hätten festgestellt, dass mit den gelieferten Zentrifugen Uran angereichert werden sollte. Die Geschäftsleute aus Bremen werden beschuldigt, die Güter ohne Genehmigung exportiert zu haben. Die Angeklagten hätten nur in einem Fall eine Ausfuhrgenehmigung beantragt. Der Antrag sei jedoch nach einer Intervention des Bundeswirtschaftsministeriums abgelehnt worden. Trotzdem seien die Metalle geliefert worden.

Streit zwischen Iran und USA vor dem Internationalen Schiedsgericht

Bereits 1992 legte Iran beim Internationalen Schiedsgericht in Den Haag Beschwerde gegen die USA ein. Teheran warf Washington vor, Ende der 80er Jahre dem Irak während des Krieges gegen Iran gefährliche Chemikalien und tödliche Viren geliefert zu haben. Die Beschwerde richtet sich auch gegen die Zerstörung von iranischen Ölplattformen durch die US-Marine während des iranisch-irakischen Krieges. Damals standen die USA auf Seiten Iraks. Sie zerstörten in den Jahren 1987 und 1988 drei iranische Ölplattformen. Nach Darstellung Irans hätten die Zerstörungen Auswirkungen auf den iranischen Ölexport. Es habe große Exportausfälle gegeben, Washington müsse den Schaden ersetzen. Zudem hätten die USA mit dieser kriegerischen Handlung gegen ein Abkommen von 1955 verstoßen. In diesem Abkommen hatten sich beide Staaten „dauerhaften Frieden“ sowie „Handels- und Transportfreiheit“ zugesichert. Trotz eines Einwandes aus Washington erklärte sich das Gericht für zuständig.

Die USA reichten 1998 eine Gegenklage ein, in der sie Iran beschuldigten, US-Schiffe am Persischen Golf angegriffen und damit gegen das Abkommen von 1955 verstoßen zu haben. Die Zerstörung der Ölplattformen sei ein Akt der Verteidigung gewesen.

Der Internationale Gerichtshof nahm Mitte Februar diesen Jahres die Verhandlung auf. Zunächst wurde die US-

Seite angehört. Danach werden beide Staaten zu den Vorfällen Stellung nehmen. Ein endgültiges Urteil kann Monate, vielleicht auch Jahre dauern.

Plant Iran den Bau von Nuklearwaffen?

Anfang Februar teilte der iranische Staatspräsident Mohammad Chatami mit, in Iran seien neue Uranminen entdeckt worden, seine Regierung habe beschlossen, Kernbrennstäbe im eigenen Land herzustellen und Uran anzureichern. Die Kernstäbe sollen aus eigenen Uranvorkommen in zwei Atomanlagen in Isfahan und Kashan produziert werden. Die Ankündigung kam sehr überraschend, zumal Iran in den letzten Wochen durch die aktuellen Ereignisse um Irak und Nordkorea aus dem Blickfeld gerückt war. Es war nicht klar, aus welchem Grund Chatami diesen Zeitpunkt für die Ankündigung gewählt hatte. Aus seinem Mund klang die Nachricht wie eine Normalität, die niemand überraschen könnte. Anschließend erklärte der Leiter der iranischen Atombehörde, Gholam Reza Aghazadeh, sein Land habe die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) bereits im September vergangenen Jahres über das Vorhaben informiert.

Bisher verfügt Iran über ein einziges, noch nicht zu Ende gebautes Atomkraftwerk. Die hierfür benötigten Brennstäbe sollen aus Russland importiert werden. Ursprünglich wurde mit dem Bau dieses Kraftwerks bereits in den siebziger Jahren unter dem Schah begonnen. Die Firma Siemens hatte damals den Bau übernommen, sich jedoch nach der Revolution geweigert, die Anlage fertig zu stellen. Jahre lang lag die Anlage brach, bis Russland die Fertigstellung übernahm. Der 1.000-Megawatt-Reaktor soll schon Ende dieses Jahres in Betrieb gehen.

Schon vor Monaten kündigte Iran an, weitere Kraftwerke bauen zu wollen. Regierungsvertreter betonten immer wieder, dass das Land keineswegs die Absicht habe, Atomwaffen zu bauen. Die geplanten Anlagen seien zur Energieversorgung notwendig. Die USA und insbesondere Israel behaupten das Gegenteil. Wozu brauche ein Land, das so reichlich Erdöl habe, andere Quellen der Energieversorgung, argumentieren sie. Die Attacke der USA, die Iran gemeinsam mit dem Irak und Nordkorea als „Achse des Bösen“ bezeichneten, ist

nicht zuletzt auf die Vermutung zurückzuführen, dass Iran schon längst die Absicht hege, atomare Massenvernichtungswaffen herzustellen.

Um die eigenen Aussagen zu beweisen, lud Iran internationale Inspektoren zum Besuch der Anlagen ein. Der Leiter der Internationalen Atomenergiebehörde, Mohammed el Baradei, reiste Ende Februar nach Iran. Er besuchte mehrere Städte und führte Gespräche mit der iranischen Staatsführung. Dabei drängte er Iran, ein Zusatzprotokoll zu unterzeichnen, wonach den Inspektoren erlaubt wäre, ohne Vorankündigung die Anlagen zu inspizieren. Dieses Zusatzprotokoll wurde bisher lediglich von 28 Ländern unterzeichnet, darunter von allen 15 EU-Staaten. Iran will sich Zeit lassen, zeigte sich aber für weitere Verhandlungen offen.

Die USA und Israel behaupten, über Informationen zu verfügen, aus denen hervorgeht, dass Iran den Bau von Atombomben plant. Der US-Geheimdienst CIA vermutet, Iran werde im eigenen Land Uranium abbauen. Das Rohmaterial würde in einer Anlage in Isfahan in Uranium Hexafluorid verwandelt, einem Gas, das wiederum in Natanz oder einem anderen Ort veredelt werden soll.

Nachdem nun über Wochen zwischen Iran und USA relative Ruhe herrschte, sind die Konflikte erneut entflammt. US-Außenminister Collin Powell sagte: „Wir haben erfahren, dass Iran ein wesentlich aggressiveres Nuklearprogramm hat als die internationale Atomenergiebehörde gedacht hätte“ und fügte hinzu, es sei für ein Land durchaus möglich, die Inspektoren hinters Licht zu führen. Auch Regierungssprecher Ari Fleischer äußerte sein Misstrauen gegen die Verlautbarungen aus Teheran. Iran versuche heimlich, eine Fabrik zur Anreicherung von Uran und eine für schweres Wasser zu bauen – letztere um einen Reaktor zur Produktion von waffentauglichem Plutonium zu versorgen. „Iran hat die Existenz dieser Einrichtungen erst zugegeben, als keine andere Wahl mehr bestand“, sagte Fleischer.